
728/A(E) XXII. GP

Eingebracht am 16.11.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Erika Scharer, Mag.^a Gisela Wurm

und GenossInnen

betreffend **„permanent zu wenig PolizistInnen in touristischen Regionen“**

Derzeit gibt es im Pinzgau 153, Pongau 144 und im Lungau 45 systemisierte Planstellen, also „Sollstände“. Im Pinzgau sind 8 Planstellen unbesetzt. Im Pongau und Lungau herrscht derzeit formal voller MitarbeiterInnenstand.

Nach einem Aufnahmestopp zu Beginn der Polizeireform lassen sich unter derzeitigem Personalstand die Sektorstreifen zwar lückenlos erfüllen, allerdings sind für Sonderstreifen kaum bis gar keine MitarbeiterInnen vorhanden. Vor allem in Hinblick auf die kommende Wintersaison ist die derzeitige Anzahl an PolizistInnen nicht ausreichend um qualitativ hochwertige Sicherheitsdienste zu leisten.

Zusätzlich zum generellen Personalproblem betreffend die unzureichende Personalausstattung müssen Polizeibeamte wiederholt zu Sondereinheiten, wie z. B. einem Spiel der Red Bulls in der Stadt Salzburg, abgezogen werden. Dies bedeutet, dass die für die Polizeiinspektionen in den Bezirken tatsächlich verfügbare MitarbeiterInnenanzahl deutlich geringer ist. Zwischen 100 und 200 PolizistInnen sind bei genannten Veranstaltungen im Sondereinsatz, welcher bis tief in die Nacht dauern kann. Die PolizistInnen, welche aus den Bezirken „ausgeborgt“ werden, müssen auch tags darauf ihren Dienst versehen, da sonst die ohnehin dünne Personaldecke zusätzlich strapaziert wird. Werden sie vom Dienst aufgrund der Sondereinsätze freigestellt, fehlen sie am fixen Dienort. Derartige Abkommandierungen nach Salzburg finden vermehrt statt, da in Salzburg der MitarbeiterInnenmangel ebenso vorhanden ist.

Sondereinsätze wie auch Einsatzfähigkeit außerhalb der eigenen Bezirke (z. B. EKO-Cobra, Kriminalämter, Asyl-Erstaufnahmestellen, Einsatzgruppen etc.) verursachen mit Karenzierungen und Halbtagsbeschäftigungen ohne Ersatz eine geringere Anzahl an tatsächlich vorhandenen MitarbeiterInnen in den Bezirken.

Auch die im Laufe der Jahre detailintensiver gewordene Exekutivarbeit (DNA-Analyse, Spurenvergleiche etc.) kann nur durch eine entsprechende MitarbeiterInnenanzahl gesichert werden und verlangt nach einem entsprechenden MitarbeiterInnenstand.

Die durch derzeitige Fehlstände und Dienste außerhalb der Bezirke mehr und mehr geschwächte sicherheitsdienstliche Grundversorgung, die auch Präventionsarbeit (Sonderstreifen wie Alkohol- und Drogenstreifen, Kriminaldienststreifen und Fahndungsstreifen) miteinbeziehen soll, erleidet einen massiven Qualitätsverlust durch einen fortlaufenden MitarbeiterInnenmangel. Auch Schulungen können unter derzeitigen Bedingungen nur in geringstem Ausmaß in Anspruch genommen werden, da diese MitarbeiterInnen, welche nicht ersetzt würden, zusätzliche Lücken im Personalstand nach sich ziehen.

Medial und mittels Broschüren wurde von der ÖVP-BZÖ/FPÖ-Regierung angekündigt, dass österreichweit mehrere hundert zusätzliche Beamte eingesetzt würden. Betreffend der Tourismusregion Pinzgau kann dies leider nicht bestätigt werden. Freundlichkeit, Bürgerservice und insgesamt „das Produkt Sicherheit“ muss Teil der Exekutive bleiben können und dafür bedarf es einer entsprechenden MitarbeiterInnenanzahl. Der Großteil der PolizistInnen macht Dienst auf den Polizeieinspektionen im Zuge von Tagdiensten und Sektorstreifen bei Nacht. Dieses „Rückgrat“ des Polizeidienstes verlangt nach Stabilität zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

ENTSCHLIESSUNG SANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Entschließung:

Der Nationalrat hat beschlossen:

Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert, den bestehenden MitarbeiterInnenstand der Polizei neu zu überarbeiten und die Anzahl der PolizistInnen für Österreichs tourismusintensive Regionen wie z. B. dem Pinzgau (hier fehlen 20 PolizistInnen), Pongau und Lungau zu Beginn der Wintersaison 2005/06 aufzustocken, um die Sicherheit in den einzelnen Bezirken zu gewährleisten sowie Freundlichkeit und Bürgerservice garantieren zu können.

Das „Rückgrat“ des Polizeidienstes wie Tagdienste und Sektorstreifen als auch Präventionsarbeit wie Alkohol-, Drogen-, Kriminaldienst- und Fahndungsstreifen müssen oberste Priorität haben. Um einem Qualitätsverlust entgegenzuwirken und die sicherheitsdienstliche Grundversorgung zur Erhaltung der öffentlichen Sicherheit zu gewährleisten, wird die Bundesministerin für Inneres aufgefordert, entsprechend viele MitarbeiterInnen zur Verfügung zu stellen.

Zuweisungsvorschlag: Innenausschuss